

Preußischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

© Berlin, 9. Februar.

(Telegramm.)

Am Ministertische: Fehr. v. Schorlemer.

Haus und Tribünen sind mäßig besetzt.

Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min. In einem Telegramm dankt der Kaiser für die freundliche Teilnahme des Hauses zu der glücklicherweise nur leichten Verwundung des Prinzen Oskar.

Schätzungsämter und Stadtschafften.

(Zweiter Tag).

Die Aussprache wird fortgesetzt.

Cassel (Fortshr. Bp.): Ein gesunder Grundbesitz liegt im Interesse des ganzen Staates. Die Vorlage stellt fest, daß bisher auf dem Grundstücksmarkt trasse Uebelstände geherrscht haben. In weitem Umfange sollen unrichtige Schätzungen stattgefunden haben. Das gilt sowohl für die kleinen als auch für die großen Städte. Die Tagen haben verschiedene gelaute, je nach dem Zwecke der Abschätzung, je nachdem, ob es sich um einen Kauf oder Verkauf handelte, ob der Eigentümer oder ein anderer die Schätzung verlangte. Die Lage des Grundstücksmarkts verlangte zweifellos eine Regelung des Schätzungswesens. Mit der Einführung der Kollegialbehörden hat die Regierung das Richtige getroffen. Allerdings wird es Fälle geben, in denen ein solches Kollegium nicht erforderlich ist. So sehr wir also den allgemeinen Gedanken des Gesetzes zustimmen, so bedauern wir doch, daß das Gesetz nur ein Rahmengesetz ist und nicht über die Richtlinien für die Schätzungen sorgt. Bei der einschneidenden Wichtigkeit können wir die Verantwortlichkeit dafür nicht übernehmen, die Richtlinien vertrauensvoll ganz der Regierung zu überlassen. Weiter vermissen wir ein Rechtsmittel gegen die Einschätzung. Bei einem Streit vor den gewöhnlichen Gerichten über 5 M gibt es solche Rechtsmittel; hier, wo es sich um Tausende handeln kann, fehlen sie gänzlich. Das kann nicht so bleiben! Nach den gestrigen Äußerungen des Ministers hat man nicht die Absicht, in die Selbstverwaltung einzugreifen. Den Gemeinden bleibt nur die Wahl der Schätzer und die Aufrichtung der Schätzung, soweit diese nicht durch die Richtlinien festgesetzt ist. Hier müssen wir schon durch das Gesetz selbst die Gemeinden schützen, wie Wie steht es mit dem Schicksal der kreisfreien Städte? Wieweit hängen die vom Landrat ab? Der Minister hat zu meinem Bedauern gestern erklärt, ein einziges Schätzungsamt für ganz Groß-Berlin zu schaffen, sei eine *conditio sine qua non* für die Regierung. Er kennt doch noch nicht alle unsere Gründe dagegen und mußte zunächst einmal unsere Ausschussberatungen abwarten! In Groß-Berlin bestehen sehr viele Bauordnungen. Von einer Einheitslichkeit der baulichen Entwicklung Groß-Berlins kann man nicht sprechen. Berlin ist fast ganz bebaut, während in den Vororten noch weite Strecken der Erschließung harren. Dazu kommt, daß in Berlin seit mehr als hundert Jahren die Feuerlozietät eine Schätzung sämtlicher Gebäude bewirkt und sich hierbei vorzüglich bewährt hat. Es können doch nicht zwei Schätzungsstellen bestehen, eine für die Häuser allein und eine für die Häuser zusammen mit dem Grund und Boden. Die ländlichen Bezirke des Zweckverbandes läßt man frei, die Städte aber zwingt man in diesen Schätzungsamtbezirk hinein. Hat der Zweckverband Groß-Berlin wirklich so viel geleistet, daß man ihm noch neue Aufgaben zuweisen kann? Das bestreite ich ganz entschieden. Berlin fühlt sich durch den Zweckverband aufs äußerste bedrückt. Im Ausschuss hat Berlin von 19 Mitgliedern nur sechs. Was nützt uns alle Anerkennung unserer Kriegseistungen, wenn man uns schlechter behandelt als die kleinste kreisfreie Stadt. Wir erheben Protest gegen die Aufhöhung der Selbstverwaltung der Stadt Berlin durch die Staatsregierung! Wir sind nicht nur dazu da, Geldmittel aufzubringen. Der Zweckverband wird niemals die kommunale Einheit in Groß-Berlin herbeiführen. Nicht nur Berlin, sondern auch die andern Städte seufzen unter der Last des Zweckverbandes. Die Schätzungen waren allerdings vielfach zu hoch, ein Schätzungszwang würde aber zu einer gewaltigen Katastrophe für den Grundbesitz führen, wenn die Schätzungsämter niedrigere Taxen einführen würden.

Landwirtschaftsminister Fehr. v. Schorlemer: Als Landwirtschaftsminister und als Staatsminister habe ich die Aufgabe, nicht nur die Interessen der Landwirtschaft, sondern auch diejenigen der Allgemeinheit zu berücksichtigen. Auch nach den Ausführungen des Vorredners glaube

ich schätzen habe. Auch nach den Ausführungen des Vorredners glaube